

# Klare Mehrheit für Neubauplanung

Im Stadtentwicklungsausschuss stimmt nur die SPD dagegen – Bürgermeister weist Kritik am Verfahren zurück

Von Rainer Klöfkorn

**BREMERVÖRDE.** Nach der deutlichen Zustimmung am Donnerstag in der Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses ist davon auszugehen: Das geplante Wohn- und Wirtschaftsgebäude auf dem ehemaligen Kammann-Grundstück auf dem Rathausplatz wird gebaut. Während CDU und Grüne/FDP/Linke der notwendigen Änderung des Bebauungsplanes zustimmten, kam die einzige Gegenstimme von der SPD. Kritik am Planungsverfahren gab es allerdings auch von der WG Pro Bremervörde und dem beratenden Ausschussmitglied Lothar Tabery.

Mit zahlreichen Stellungnahmen, die im Verlauf der Auslegung des veränderten Bebauungsplanes eingegangen waren, hatte sich der Ausschuss zu befassen. Neben elf Bremervörder Einwohnern wurde die Planung für das Bauvorhaben, das die Planungsgemeinschaft Nord (PGN) in Rotenburg für die Bremer Specht-Gruppe umsetzen will, vor allem von der Arbeitsgruppe „Baukultur“ im Kultur- und Heimatkreis (KuH) kritisiert. Sie hatte auch eine Unterschriftenaktion initiiert. Wie Bürgermeister Detlev Fischer (CDU) mitteilte, hätten neben 330 Bremervördern etwa 60 Personen von außerhalb der Stadt ihre Solidarität mit dem KuH bekundet.

Die Kritik machte sich in der Sitzung teilweise auch die Ratsopposition zu eigen. Im Mittelpunkt stand das Verfahren: Mit der Änderung des Bebauungsplanes, so der Bürgermeister, werde der Rahmen für das Vorhaben geschaffen und die Nutzung festgelegt. Alles Weitere werde mit dem Investor in einem städtebaulichen Vertrag geregelt, den die Stadt derzeit durch ein Anwaltsbüro er-

**» Wir dürfen nicht wie bei der A 20 vom Verzögern zum Verhindern kommen. «**

**Bürgermeister Detlev Fischer (CDU)**

arbeiten lasse und den der Verwaltungsausschuss beschließen werde.

Vor allem daran entzündete sich die Kritik. Die SPD-Fraktion stehe hinter dem Bauvorhaben, bekräftigte Berit Nießen-Hohmeyer. Sie forderte einen verbindlichen Entwurf für den Neubau, an den sich der Investor zu halten habe. Daran müssten die Politiker und die Öffentlichkeit beteiligt werden. Dies habe die CDU auch stets zugesagt, so Nießen-Hohmeyer. Dass der Investor dazu nicht bereit sei, weil er keinen weiteren Zeitaufrschub wolle, konnte der Pro-Bremervörde-Fraktionsvorsitzende Thorsten Wruck („Ich fühle mich veräppelt“) nicht nachvollziehen: Was seien schon drei Monate angesichts der Tatsache, dass die Bremervörder jahrzehntlang mit



Dies ist der aktuelle Entwurf für das Wohn- und Wirtschaftsgebäude auf dem Rathausplatz. Teile der Opposition und Architekt Lothar Tabery zeigten sich nicht überzeugt, dass der Neubau am Ende auch so aussehen wird. Die Stadt räume dem Investor zu viele Freiheiten ein, wurde befürchtet.

**» Warum sitzen wir hier, wenn wir das Gebäude nicht so festlegen können, wie es unserer Meinung nach aussehen soll? «**  
**Berit Nießen-Hohmeyer (SPD)**

dem Gebäude leben müssten?

Die Stadt sei der PGN, obwohl diese auch Änderungen vorgenommen habe, sehr entgegen gekommen, so Architekt Tabery. So sei nicht in die Wirtschaftlichkeit des Objektes eingegriffen worden. Seiner Auffassung nach wird dem Investor durch den städtebaulichen Vertrag jedoch die Möglichkeit eingeräumt, erhebliche Abweichungen am Entwurf vorzunehmen. Um das zu verhindern, sei eine verbindliche Gestaltung notwendig, damit der Investor („rechtlich ist das möglich“) nicht ein Gebäude erstelle, das mit dem jetzigen Entwurf nicht übereinstimme. Die Stadt dürfe sich die Gestaltungsmöglichkeiten nicht nehmen lassen und müsse sich dafür die notwendige Zeit nehmen, forderte Tabery.

Michael Meibohm von der CDU wies dagegen auf die zahlreichen Änderungen hin, die der erste Entwurf der PGN durchlaufen habe. Am Ende sei ein guter Kompromiss erzielt worden. Mit dem Neubau werde der Rathausplatz aufgewertet, sei seine Fraktion überzeugt. Meibohm: „Wir

Politiker sind gewählt, um Entscheidungen zu treffen.“

Es sei durchaus nachvollziehbar, dass sich der Investor einen gewissen Freiraum für sein privates Bauvorhaben vorbehalte und nicht alle Details öffentlich machen möchte. Der Vertrag enthalte schließlich auch Aussagen über finanzielle und wirtschaftliche Angelegenheiten des Investors. Zum Bestandteil des Vertrages werde auch ein visualisierter Entwurf des Gebäudes gehören, mit dem sich jedes Ratsmitglied vor der Entscheidung im Verwaltungsausschuss befassen könne.

Diesen Weg unterstütze auch das Büro Cappel + Kranzhoff, das für die Stadt den innerstädtischen Rahmenplan erstellt habe. Der Neubau passe zudem mit den Aussagen des Mobilen Gestaltungsbeirates über den Rathausplatz überein. Fischer warnte davor, die „Daumenschrauben“ für den Investor weiter anzuziehen. Es könne sein, dass das Vorhaben daran scheitere. In dem Vertrag würden auch die Verkehrsführung, ab Oktober wird die Bushaltestelle vom Rathausplatz in die Ludwig-Jahn-Straße verlegt, und die Stellplatzfrage geregelt. Geplant ist, eine Tiefgarage unter dem Rathausplatz zu errichten.

Nach dem Ende der Diskussion stimmte der Ausschuss über die Stellungnahmen ab. Abgelehnt wurde dabei mit den Stim-

**» Das gesamte Verfahren ist sehr unglücklich «**

**Architekt Lothar Tabery**

men von CDU und SPD der Antrag von Grüne/FDP/Linke, die Gebäudehöhe zu reduzieren. Die Stellungnahme des KuH zu berücksichtigen, stimmte wiederum nur die SPD zu. In der Abstimmung über die Änderung des Bebauungsplanes war das Nein von Berit Nießen-Hohmeyer die einzige Gegenstimme. Die vier Ausschussmitglieder der CDU und Leonard Fischer (Grüne) stimmten für die Änderung.

In der Einwohnerfragestunde mussten sich die Befürworter teilweise heftige Kritik anhören. Die Enttäuschung der Bremervörder nehme immer mehr zu, weil sie sich nicht mitgenommen fühlten, lautete ein Vorwurf. Dass es unterschiedliche Meinungen gebe, sei klar, entgegnete Bürgermeister Fischer: „Aber das ist Demokratie.“

**» Verantwortliche der Stadt sind keine Diener einer Minderheit. «**

**Bürgermeister Detlev Fischer (CDU) als Entgegnung auf die Aussage des KuH-Vorsitzenden Manfred Bordiehn in einem Leserbrief: „Ihr seid unsere Diener (Vertreter), nicht unsere Fürsten.“**



Das CDU-Stadtratsmitglied Fridtjof Schröter (links) – hier mit zwei Zuhörern an einem Modell der Bremervörder Innenstadt – leitete am Donnerstag die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses. Foto: Klöfkorn